



Die Schweizer Wirtschaft sagt Nein zur 1:12-Initiative

Die 1:12-Initiative schadet der Schweizer Wirtschaft. Betroffen sind sämtliche Schweizer Unternehmen – vom grossen Weltkonzern bis zum Kleinst-KMU. An einer Medienkonferenz in Bern zeigten heute vier Unternehmerinnen und Unternehmer auf, wie konkret sich grassierende Bürokratie, zusätzliche Belastung bei Steuern und Abgaben oder Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Talenten und Spezialisten auf die Wirtschaft und damit auf den Wohlstand in der Schweiz auswirken.

Dank einer wettbewerbsfähigen und innovativen Wirtschaft mit erfolgreichen grossen und kleinen Unternehmen hat die Schweiz eine rekordtiefe Arbeitslosigkeit auch bei Jugendlichen, gute Löhne, einen markant kleineren Tieflohnbereich als im Ausland und moderate Steuern. Die 1:12-Initiative greift dieses Erfolgsmodell, von dem alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger stark profitieren, direkt an. «Ganz Europa beneidet uns um unsere hervorragende Situation. Diese dürfen wir auf keinen Fall für ein verantwortungsloses sozialistisches Abenteuer aufs Spiel setzen», eröffnete Jean-François Rime, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv, die Pressekonferenz der Schweizer Wirtschaft gegen die 1:12-Initiative. «Wir alle werden verlieren und niemand gewinnt, wenn wir unseren Erfolg mit der 1:12-Initiative leichtfertig gefährden.»

Als Vorsitzender der Geschäftsleitung von ABB Schweiz illustrierte Remo Lütolf, wie die 1:12-Initiative die ABB Schweiz als exportorientiertes Grossunternehmen in Bezug auf Innovation, Qualität und Produktivität auszubremsen droht. «Um als Technologieunternehmen mit Schweizer Standort im internationalen Wettbewerb auch in Zukunft zu bestehen, sind für uns exzellente Rahmenbedingungen entscheidend», so Lütolf. «Ein Ja zur Initiative würde bewährte Standortvorteile

der Schweiz beeinträchtigen und den hiesigen Denk- und Werkplatz schwächen.»

Seit 30 Jahren führt André Berdoz als Geschäftsleiter die Berdoz SA im waadtländischen Grandvaux. Als KMU-Unternehmer und Zulieferer zahlreicher multinationaler Unternehmen ist für ihn klar: «Mit massiven staatlichen Eingriffen wie dem Lohndiktat der 1:12-Initiative lassen sich überhöhte Lohnbezüge einzelner Manager nicht eindämmen, für die gesamte Wirtschaft und für uns alle richten sie aber einen riesigen Schaden an.»

«Um die Löcher bei Steuern von bis zu 1,5 Milliarden Franken und die Lücken bei der AHV von bis zu 2,5 Milliarden Franken zu stopfen, müssten alle Unternehmen und ihre Angestellten höhere Steuern und AHV-Beiträge zahlen», begründete Marianne Meister, KMU-Unternehmerin und Präsidentin des kantonalen Gewerbeverbands Solothurn, den grossen Widerstand des Gewerbes gegen die 1:12-Initiative. «1:12 bedeutet für uns primär viel Papierkrieg, weil jedes noch so kleine Unternehmen neu das Lohnverhältnis im Betrieb erheben und ausweisen muss. Wir wollen arbeiten und nicht administrieren», forderte Meister.

Für Peter Stämpfli, Delegierter des Verwaltungsrats Stämpfli AG, schadet die 1:12-Initiative insbesondere den Unternehmen, die sich wie die Verlags- und Druckbranche in einem wirtschaftlich anspruchsvollen und exponierten Umfeld bewegen. «Die 1:12-Initiative vernichtet Kaufkraft und wir werden Kunden an die ausländische Konkurrenz verlieren. Das wird das bereits schon sehr schwierige Umfeld zusätzlich massiv erschweren. Das trifft uns direkt», führte Stämpfli aus.

[Download PDF: Pressemappe](#)

[Download PDF: Referat Jean-François Rime](#)

[Download PDF: Referat Remo Lütolf](#)

[Download PDF: Referat André Berdoz](#)

[Download PDF: Referat Marianne Meister](#)

[Download PDF: Referat Peter Stämpfli](#)

Mehr Informationen: www.1-12.nein.ch